

Solventes China - insolvente Demokratien? Politische und wirtschaftliche Zukünfte in einer globalisierten Welt

Der für die Veranstaltung gewählte Titel „Solventes China - insolvente Demokratien?“ beschreibt einen Zweifel, der sich in einer Situation einstellt, in der auf eine Finanzkrise 2008 eine nicht enden wollende Schuldenkrise westlicher Staaten folgt, während die Volksrepublik China von diesen Entwicklungen scheinbar unbehelligt bleibt. Das Schwellenland China bietet Europa sogar Hilfe bei der Lösung der Krise an, genauso wie es den USA bei der Frage der Begleichung von Krediten und Schuldzinsen Unterstützung anbot. Hier wie dort reibt man sich die Augen und fragt, wie es China gelungen sein kann, sich innerhalb weniger Jahrzehnte in solch eine Position zu bringen. Zugleich lässt sich aus der Presse vernehmen, dass China sich in angeblich erhöhtem Maße in westliche Unternehmen einkauft bzw. Firmen gleich ganz übernimmt, das sein Rohstoffhunger ständig wächst und dass seinem Engagement in Ländern der 3. Welt, vor allem in Afrika, weit mehr Erfolg beschieden ist, als dem des Westens jemals zuvor. Wie soll man gegen eine Macht bestehen, deren jährliche Wachstumsraten beständig zwischen märchenhaften 9-10% liegen und deren Entwicklungsprozesse häufig nur mit Superlativen beschrieben werden können? Und ist nicht – so die im Titel der heutigen Veranstaltung implizite Frage – unsere Form der demokratischen Gesellschaft zwangsläufig einer Macht unterlegen, die ihre innere Entwicklung und ihre Wirtschaft wie ihre Außenpolitik zentral und dirigistisch steuern kann?

Es gibt leider nicht die eine Antwort auf diese Frage, denn der angesprochene Themenkomplex ist so unerhört vielschichtig, dass es mir heute Abend nur gelingen wird, einen Teil der Sachverhalte anzusprechen, die sich hinter der Frage verbergen. Eines sei jedoch schon vorweg bemerkt: Es kann meines Erachtens nicht darum gehen, um eine vermeintliche, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, unsere demokratischen Überzeugungen, auf der unsere Freiheit beruht, auf dem Altar einer globalisierten Ökonomie zu opfern. Vor allem angesichts der Tatsache, dass wir – wie noch zu zeigen sein wird - einen gehörigen Teil dazu beitragen, uns diese Konkurrenz Chinas selbst zu erzeugen.

Ich möchte im folgenden zwei Fragen behandeln, um dann am Ende den Versuch zu machen, näher zu bestimmen, was wir ändern müssen, aber auch, woran wir festhalten sollten, damit eine Systemfrage sich erst gar nicht stellt. Die Fragen sind:

1. Worin besteht eigentlich die Bedrohung durch China?
2. Was bewirkt unser Wirtschaften in China?
3. Was müssen wir ändern?

1. Worin besteht eigentlich die Bedrohung durch China?

Natürlich trieb die Frage der kommenden Bedrohung Chinas Politikwissenschaftler, Sinologen, Ökonomen und Politikberater schon lange vor der Finanz- und den Schuldenkrisen um. Buchtitel wie *China, the Next Superpower* von 1998 oder *China Shakes the World* von 2006 setzten lediglich eine Tradition fort, die erstmals durch Napoleon mit dem Bild des schlafenden Drachen umschrieben worden war, vor dessen Erwachen man sich fürchten sollte. Betrachtet man die Studien von Gelehrten vor den Finanz- und Schuldenkrisen, werden von politikwissenschaftlicher Seite vor allem fünf Faktoren für die Wahrnehmung von China als Bedrohung genannt: 1. Das hohe Wachstum seiner Ökonomie: So sagte ein Bericht der Weltbank bereits 1992 voraus, dass, falls China Wachstumsraten von durchschnittlich 9-10% beibehalten würde, China nicht nur bald das Bruttoinlandsprodukt vieler westlicher entwickelter Staaten übertreffen würde, sondern im Jahre 2020 das der bis dahin weltgrößten Volkswirtschaft, der USA. 2. Das autoritäre sozialistische politische System: China galt nach dem Zusammenbruch der Sowjet Union als letzte verbliebene kommunistische Großmacht, mit der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking 1989 als deutlichstem Ausdruck einer Gewaltherrschaft. 3. Die Entwicklung des chinesischen Militärs: Hierbei haben Experten neben der technischen Aufrüstung vor allem die Entwicklung der Seestreitkräfte im Blick, die als Bedrohung, nicht nur für Taiwan, sondern auch für die Staaten Ost- und Südasiens gesehen werden. 4. Ein möglicher politischer oder ökonomischer Zusammenbruch Chinas: Die Vision einer bürgerkriegsartigen Auflösung des Riesenreiches in von Kriegsherren regierte Provinzen aufgrund lokaler, sozialer Ungleichheit, oder als Folge der Weigerung von Lokalpolitikern, sich dem Willen der Zentrale weiter unterzuordnen. Und 5. Steigender Nationalismus: Seit 1994 als Patriotismus offizieller Bestandteil der Schulerziehung, zeigt er sich in Reaktionen, wie die Proteste nach der versehentlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad, der Verteidigung des chinesischen Fackelläufers vor den olympischen Spielen durch Studenten aus China gegen die Proteste von pro-Tibet Aktivisten, oder die Anti-CNN Webseite, die angeblich von chinesischen Studenten gegen die verzerrende Berichterstattung ausländischer Medien im Zuge des Erdbebens in der Provinz Sichuan 2008 eingerichtet wurde.

Bemerkenswerter Weise schließen in der vorkrisenzeitlichen Betrachtung bereits viele Politikwissenschaftler die Bedrohung durch einen zukünftigen militärischen Konflikt mit China, der über lokale Auseinandersetzungen hinausgeht, eher aus. Begründet wird dies durch die globale ökonomische Verflechtung, bei der der durch die kriegerische Auseinandersetzung bewirkte ökonomische Schaden in keinem Verhältnis mehr zum möglichen Gewinn durch einen Krieg stünde. Gleichzeitig attestieren sie aber, dass der Drang Chinas, einen Platz unter den Weltmächten einzunehmen und dieses Machtgefüge in

seinem Sinn zu verschieben, der jedes anderen Nationalstaates auf dieser Erde entspricht. Demnach bestände die Bedrohung im Fall von China weniger in einem militärischen Kontrahenten als in einem wirtschaftlichen Wettbewerber.

In der Gegenwart, wie auch der Titel „solventes China“ deutlich macht, richtet sich unser Augenmerk von ganz allein auf eine Bedrohung durch die wirtschaftliche Macht Chinas. Zunächst ist allerdings auch diese Sorge nicht neu. Bereits in den frühen 1980er Jahren, im Fall von Japan und dann in den 1990er Jahren im Fall von Südasien, Korea und China, wurden Erklärungen gesucht. Wir erinnern uns: Bereits zu jener Zeit stand eine überschuldete und kriselnde US Ökonomie blühenden Ökonomien in Asien, vor allem Singapurs, Malaysias, Thailands, aber auch Chinas gegenüber, die sich vor allem in einem immer größeren Außenhandelsdefizit der USA zeigte. Amerikaner selbst suchten Erklärungen und trafen auf offene Ohren bei den Führern Asiens, als sie den ökonomischen Erfolg in der konfuzianischen Tradition dieser Länder begründet sahen. Angeblich sei der größere familiäre Zusammenhalt, das Verständnis von den Menschen als Gemeinschaft statt als Individuen, und die bereitwillige Unterordnung des eigenen Willens unter den der Gemeinschaft ausschlaggebend, während der vorherrschende Individualismus und Egoismus im Westen auch zu dessen ökonomischen Niedergang beitrage. Dies war eine Steilvorlage für Führer wie Lee Kuan-yuew (Singapur), Datuk Mahathir (Malaysia) und Deng Xiaoping, die dies als Erklärung für kulturelle Überlegenheit ihrer Gesellschaften und die Berechtigung ihres autoritären Führungsstils nahmen. Die 1997 folgende Asienkrise, eine durch eine Immobilienblase ausgelöste Finanzkrise, die durch eine Kombination aus Überkapazität an Neubauten, faulen Krediten und dramatischen Preissteigerungen beim Wohnraum zustande kam, belegte in den Augen des Westens die Abwegigkeit der These von kulturellen Überlegenheit Asiens bzw. des Konfuzianismus. Hatte denn etwa nicht gerade Vetternwirtschaft gepaart mit Nepotismus und Rechtlosigkeit die Krise hervorgerufen? Und konnte China selbst die Folgen der Asienkrise trotz einer vergleichbaren Immobilienblase in Städten wie Shanghai und Kanton nicht allein deshalb abfedern, weil dessen Herrscher eine Konvertierbarkeit ihrer Währung nicht zuließen?

Diesen Erkenntnissen zum Trotz hielten sich Erklärungen, die den ökonomischen Erfolg Chinas in seiner eigenen Kultur begründet sehen, hartnäckig, vor allem auch deshalb, weil Chinesen selbst an diesen Mythos glauben und ihn verbreiten.

Wenn heute in den Medien von der Bedrohung Chinas die Rede ist, ist dessen augenscheinlich zunehmende Macht gemeint, die sich zum Beispiel im Auftreten gegenüber den USA oder gegenüber Europa, oder im Blockieren von politischen Entscheidungen, wie der Verlängerung des Kyotoer Klimaabkommens zeigt. Tatsächlich hat sich die wirtschaftliche Macht Chinas in den 15 Jahren seit der Asienkrise noch weit mehr vergrößert, als es die Berechnungen der Weltbank von 1992 nahelegten. Hier nur drei Zahlen zum

Stichwort Solvenz: Bereits 2006 hatte die USA ein Außenhandelsdefizit von 881 Milliarden USD, China dagegen einen Außenhandelsüberschuss von 177 Milliarden. 2008 betrug die Devisenreserven Chinas 2 Billionen USD. (1 Billion= 1 Million Millionen, 10^{12} = 10000.000000000). Um die Folgen der Finanzkrise 2008 abzumildern, investierte die chinesische Regierung 4 Billionen Yuan (rund 460 Milliarden Euro), um die Binnennachfrage anzukurbeln.

Ich bin kein Ökonom aber was ist das besondere an diesen Zahlen? Sie alle haben mit uns zu tun. - Amerika hat ein solches Außenhandelsdefizit, weil es weit mehr Waren aus China importiert, als es nach China exportiert. Dies geschieht u. a. , weil Waren in China so günstig sind. Gleichwohl muss die USA sich dafür verschulden. - Die Devisenreserven Chinas sind u. a. deshalb so hoch, weil China am Verkauf seiner Güter so gut verdient: Die Güter kann es aber nur in diesem Umfang produzieren, weil wir ein Interesse daran haben, dass sie produziert werden und dafür eine Menge Investitionen und Knowhow zur Verfügung stellen. - China ist, wie die Binneninvestition von 460 Milliarden Euro zeigt, selbst von "unserer" Finanzkrise betroffen, weil China befürchten muss, dass in der Folge der Krise unsere Nachfrage und unsere Direktinvestitionen zurückgehen. China steuert aber aus eigener Kraft erfolgreich dagegen. Womit wir bei der zweiten Frage wären.

2. Was bewirkt unser Wirtschaften in China?

Ich möchte die Antwort abkürzen, um auch hier Wechselbeziehungen deutlich zu machen. Zu Beginn der Reformära traten große westliche Unternehmen auf den Plan, die in China einen potentiellen Markt mit über einer Milliarde Menschen sahen, dem sie ihre Waren verkaufen konnten. Sie brauchten einen langen Atem um erfolgreich zu sein, denn sie bewegten sich in einem Entwicklungsland, in einem praktisch rechtsfreien Raum mit einer zuweilen kaum durchsichtigen Politik, im Großen wie auf lokaler Verwaltungsebene. Die Menschen Chinas waren nach Jahrzehnten der Isolation unglaublich wissbegierig, erwiesen sich dem Sozialismus zum Trotz als geborene Händler, aber sie waren viel zu arm, um sich die Waren aus dem Westen überhaupt leisten zu können. China besaß allerdings eines, eine unendliche Zahl von Arbeitskräften. Als Konsequenz begannen dann, zunächst in Sonderwirtschaftszonen, später im ganzen Land, ausländische Unternehmen mit der Fertigung von Produkten für ihre heimischen Märkte. Sie müssen sich vorstellen, dass es praktisch zwei getrennte Ökonomien in China gab, eine, die nur für ausländische Märkte produzierte, weil deren Produkte vielfach auch völlig am Bedarf der Chinesen jener Zeit vorbeigingen und eine Ökonomie, die mit anderen genuin chinesischen Produkten die Binnennachfrage befriedigte und die sich allmählich die Produktionsmethoden der ausländischen Unternehmen zu eigen machte. Gleichwohl gewannen ausländische Produkte zunehmend an Attraktivität und im Verlauf von Jahrzehnten entwickelte sich eine

Käuferschicht, die sich diese Produkte leisten kann. Selbst heute macht diese Käuferschicht aber lediglich rund 10% der chinesischen Bevölkerung aus. In dem beschriebenen Prozess wurde China zum „Sweatshop of the world“. Was heißt das? Das heißt, dass sie für cent-Beträge pro Stück Dinge in China produzieren lassen können, die bei uns einen zwei bis dreistelligen Eurobetrag kosten. Ein Beispiel: Die Mädchen und jungen Frauen, die Sportschuhe in einer der größten Schuhfabriken der Welt, der Firma Pou Chen, in der Stadt Zhuhai, in der Nähe von Hongkong herstellen, erhalten 1-2% von dem Preis, den Kunden in den USA und Europa für die Markenschuhe bezahlen, die sie herstellen. Das gleiche gilt für eine Firma namens Galanz, die 40% der weltweitvertriebenen Mikrowellenöfen für Markenfirmen herstellt. Bei den Frauen handelt es sich vielfach um Migranten, die weit entfernt von ihrem Heimatdorf 15 Stunden pro Tag, ohne irgendwelche Lohnzuschläge oder gewerkschaftlichen Schutz arbeiten, unter einem Management, das Lohnkürzungen als Motivationsmittel einsetzen darf. 70% der Photokopiergeräte und der Computer motherboards der Welt, 55% der DVD player, 25% der Plasmafernseher oder 20% der Autostereoanlagen werden in namenlosen Fabriken für ausländische Marken gefertigt. Selten beläuft sich der Anteil des Ertrages der in China verrichteten Arbeit, also die Materialbeschaffung, die Herstellung, der Transport und der Export, auf mehr als 10% bis 15% des Produktertrags. Westliche Werbefachleute, Marketingstrategen, Verkäufer und Aktionäre streichen den Löwenanteil von dem ein, was chinesische Migranten produzieren. Und wir glauben leider zu oft, wenn wir eine Marke kaufen, dass wir ein speziell für unsere Bedürfnisse gefertigtes Qualitätsprodukt erwerben. Oder in den Worten James Kynge: „Solange Kunden in den USA und Europa glauben, dass der größte Anteil des Produktwertes von seinem Namen (logo) herrührt, werden die Gewinne hauptsächlich in die Hände jener fließen, die den Produktnamen kreieren und erhalten.“ (*China Shakes the World*, 170-171)

Hierzu noch ein letzter Punkt: In China selbst hat ein enormer Verdrängungswettbewerb zwischen hereindringenden ausländischen und chinesischen Unternehmen eingesetzt. Chinesische Firmen haben ein Problem mit ihren Produktnamen. Sie sind im Ausland kaum bekannt und erscheinen aufgrund ihrer Herstellerlandkennzeichnung „Made in China“ als Billigprodukt. Ein Weg aus dieser Situation ist, sich in ausländische Firmen einzukaufen oder diese zu übernehmen und damit an einen etablierten Markennamen zu gelangen. Hierin liegt auch ein Grund, weshalb die übernommenen Firmen ihre Produkte unter dem alten Markennamen weiter vertreiben. Das heißt, die von uns als bedrohlich empfundenen Firmenübernahmen sind vielfach eine Konsequenz des Wettbewerbs und des Preiskampfes, den wir in China führen. Das heißt, wir erzeugen durch unser Wirtschaften, unserer Konsumverhalten und unser nicht wahrnehmen wollen, dass es nicht mit rechten Dingen

zugehen kann, dass ein Hightech-Produkt soviel kostet, wie 4 Laib Brot, in vieler Hinsicht die Bedrohung, wie wir China wahrnehmen, selbst.

3. Was müssen wir ändern?

Es dürfte schon bei der Schilderung des Schicksals der Migrantenarbeiterinnen deutlich geworden sein, wie willkürlich das Land mit seinen Menschen umgeht. Keine Spur mehr von sozialistischer Tradition, die sich auf die Seite des Arbeiters oder Bauern stellt. Stattdessen Raubtierkapitalismus, grassierende Korruption auf allen Ebenen, mafiöse Verbände von lokalen Beamten und Parteikadern mit sogenannten Unternehmern in Städten, die sich sogar die örtliche Gerichtsbarkeit durch Bestechung oder Gewalt gefügig machen. Recht, dass das Papier nicht wert ist, auf dem es steht. Über 70000 registrierte Protestkundgebungen im Jahr. Umweltverschmutzung in einem für uns unvorstellbaren Grad. Darüber eine Partei mit 70 Millionen Mitgliedern, deren Führung sich wahrlich bemüht, Kurs in einer scheinbar anarchischen Entwicklung zu halten und die es trotz aller Abstriche bereits vermocht hat, hunderte Millionen von Menschen aus der Armut zu befreien und ihnen nicht nur eine Perspektive auf ein besseres Leben zu geben. Diese Perspektive bedeutet aber auch völlige Verausgabung und Erschöpfung, einen unerbittlichen Konkurrenzkampf um Ausbildungs- und Studienplätze, um Jobs, Auflösung von traditionellen Strukturen wie der Großfamilie, Vereinsamung und Sinnentleerung.

Chinesen selbst würden attestieren – gerade auch in Kontrast zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion – das die Partei vieles richtig gemacht hat. Viele würden hinzufügen, dass die jüngere Entwicklung der VR ohne eine zentrale und dirigistische Führung überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Und dass, obwohl die Partei innerhalb eines Dauerwiderspruchs operiert, einer Quadratur des Kreises, einer kapitalistischen Planwirtschaft. Vielleicht stimmen sie mir zu, wenn ich einmal versuche, in Stichworte zu fassen, womit wir das Handeln der politischen Führer Chinas verbinden, auch wenn wir damit Klischees erliegen?

Langfristigkeit contra Kurzfristigkeit

Planvolles und vorausschauendes Handeln statt Durchwursteln

Lenken statt gelenkt werden

Gemeinwohl contra Eigenwohl, Gemeininteresse contra Eigeninteresse

Konstruktiver – statt destruktiver oder verdrängender Wettbewerb

Der Punkt ist, dass all diese Schlagworte ein Handeln beschreiben, dass uns in Zeiten der Globalisierung scheinbar abhanden gekommen ist und dass heute mit Vorstellungen von eindeutiger Führung, also Lenkung verbunden ist, und gerade nicht mit demokratischer Führung, also einer Führung im Sinn der geregelten Findung von Kompromissen zwischen

verschiedenen Interessengruppen. Scheinbar verleitet uns der ökonomische Erfolg Chinas, der im Vergleich zu anderen Ökonomien allein durch die Dimensionen des Landes immer schief ist (z. B. unter 6% Wachstum in China = Rezession) zum Wunsch nach mehr Linie, nach mehr Plan, nach mehr Dirigismus. Wir zweifeln daran, dass unsere langwierigen Entscheidungsprozesse Schritt mit der scheinbar spontanen Anordnung eines chinesischen Premiers halten können, ohne zu ahnen, wie lange er selbst brauchte, eine Mehrheit in seinem mehr als 100 Personen starken Politbüro für seine Anordnung zu finden. Tatsächlich verweist unser Wunsch unterschwellig viel eher auf unsere eigenen Probleme:

Die drohende Insolvenz unserer Demokratien – um den 2. Teil des Titels der Veranstaltung aufzunehmen - liegt vor allem in unserem Unvermögen, die uns bestimmenden ökonomischen Parameter zu verändern, die alle Bereiche unserer Gesellschaft erfasst und durchdrungen haben. Wollen wir ökonomisch aber auch politisch weiter bestehen, muss es zum Beispiel für politische Führungen darum gehen, besonnener zu handeln, d. h., langfristige Interessen im Blick zu haben, anstatt sich von schnellen Gewinnerwartungen, Vierteljahresbilanzen, den Börsenreaktionen darauf, Ratingagenturen, Mediengeräusche oder potentiellen Wählerstimmen treiben zu lassen.

Mit demokratischer Führung verbinden sich unsere Stichworte der Langfristigkeit, der vorausschauenden Planung, des Lenkens statt gelenkt Werdens und des Eintretens für das Gemeinwohl nur dann, wenn ich sie als Politiker glaubwürdig machen kann bzw. Mehrheiten dafür gewinnen kann. Dies verlangt vor allem: Erstens, eigene Glaubwürdigkeit und – entgegen Helmut Schmidt – Visionen, oder besser gesagt, genaue Vorstellungen davon, wie die deutsche- und die Gesellschaften in Europa in näherer Zukunft beschaffen sein wollen, sowie das Einstehen für diese Vorstellungen und die Suche nach einem Einverständnis jenseits von Legislaturperioden. Es verlangt, zweitens, - allen Skeptikern zum Trotz - die stärkere Einbindung der einzelnen Mitglieder der Gesellschaften im Sinn einer kritischen Mitgestaltung dieser Vorstellungen. Ohne sie geht es nicht. Des Weiteren ist hierzu, drittens, wieder ein Primat der Politik statt einem Primat der Wirtschaft notwendig, auch als Selbstverständnis von Politikern. Und es bedeutet, viertens, dem als Unrecht aufgefassten Verhalten in China und anderswo die eigene Rechtsstaatlichkeit entgegensetzen und persönliche Freiheit – nicht missverstanden als Verantwortungslosigkeit oder Rücksichtslosigkeit – nicht als gegeben hinzunehmen, sondern sie als höchstes Gut aufzufassen, das es zu verteidigen gilt.

Politisch nähern wir uns derzeit China schneller an, als es uns recht sein kann. Harald Martenstein kündigte in einer Glosse im Zeitmagazin vom 17. Januar 2013 seinen Austritt aus der EU an, weil sich seines Erachtens mit Horrorbildern auf Zigaretten ein Verständnis von einem Staat als Erzieher weiter Bahn bricht, der nicht mehr das Zusammenleben regelt,

sondern der seine Bürger erzieht, weil er allein die Idee vom richtigen Leben vertritt. Als weitere Beispiele nennt er die Holzspielzeugquote für Kindergärten, Begrenzungen von Schwimmbereichen im Meer und die Kostenfragen der Versicherung von Extremsportarten. Und ganz wie in China lassen sich die Menschen, die diese Vorschriften machen, nicht einmal abwählen.

In der jüngsten Ausgabe Zeit vom 31. Januar 2013 wehren sich die Professoren Nico Stehr und Manfred Moldaschl gegen die Auffassung australischer- und anderer Klimaforscher, die die Abschaffung der Demokratie fordern, weil sie angeblich der effektiven Bekämpfung des Klimawandels entgegensteht. Die Autoren halten dies nicht nur für eine groteske Fehldiagnose, sie zitieren auch den Ökonom und Sozialphilosophen Friedrich Hayek, der bereits vor Jahrzehnten davor warnte, dass gerade „jene Menschen, die [wie die Klimaforscher] vom Fortschritt des Wissens berauscht sind, so oft zu Feinden der Freiheit werden.“

Lassen sie uns alle ein bisschen weniger vom Fortschritt berauscht sein.

Arbeitstitel:

**Solventes China - insolvente Demokratien?
Politische und wirtschaftliche Zukünfte in einer globalisierten Welt**

Es sollen zwei Referenten eingeladen werden, die die Problematik aus chinesischer und westlicher (amerikanischer) Sicht darstellen. Dafür stehen je ca 20 Minuten zur Verfügung.

Mögliche Fragestellungen:

In Richtung China:

1. worin liegt das Geheimnis des wirtschaftlichen Aufstieg Chinas seit 1989, welche konkreten politischen Veränderungen wurden vorgenommen?
2. Worin unterscheidet sich das politisch-wirtschaftliche System Chinas von dem des Westens, was wurde übernommen, wo geht man dezidiert eigene Wege und warum?
3. Wie steht es um die Frage individueller Freiheit in China: Soll sie als Folge des wirtschaftlichen Erfolgs in der Zukunft ermöglicht werden oder ist dort ein generell anderes Menschenbild wirksam und wie müßte dies beschrieben werden?

In Richtung Westen:

1. Was sind Ursachen für die wirtschaftlich und finanziellen Turbulenzen in den USA und Europa und worin und von wem entstehen neue Abhängigkeiten?
2. Wie muß das politisch-gesellschaftliche System westlicher Demokratien weiterentwickelt werden, um zukunfts- und konkurrenzfähig zu sein?
3. Wie steht es um die alte These, dass wirtschaftlicher Erfolg an individuelle Freiheit gekoppelt ist? Genügt es, Krisenursachen nur finanz-, innen- und außenpolitisch zu beschreiben oder sind sie auch Folge der tiefergehenden Erfahrung, dass die Idee des "Landes der unbegrenzten Möglichkeiten" innerhalb westlicher Staaten massiv an Grenzen stößt, die für ihre Bürger neu sind und sie daher ziemlich unvorbereitet treffen? Muß daher vielleicht auch das westliche Menschenbild neu gedacht werden?

Das sind die Fragestellungen, die mir so durch den Kopf gehen. Aber es sind Vorschläge, die weitergedacht werden sollen. Es wäre schön, wenn Sie dieses Projekt auch mit Professor Falke ansprechen würden. Wie vereinbart werde ich ihm diese Projektskizze auch schicken.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und grüße Sie herzlich
Willi Stöhr

evangelische stadtakademie nürnberg
Leitung: Pfarrer Willi Stöhr
burgstraße 1-3
90403 nürnberg
fon: 0911/214-2123
www.evangelische-stadtakademie-nuernberg.de
willi.stoehr@eckstein-evangelisch.de

Text:

Diskussion

**Solventes China – Insolvente Demokratien?
Politische und wirtschaftliche Zukünfte einer globalisierten Welt**

Der Westen scheint in Schulden zu versinken. Sowohl die USA als auch Europa haben

Haushaltsdefizite, die jede Vorstellungskraft sprengen. Demgegenüber weisen China und die Schwellenländer Wachstumsraten auf, die von solider Solvenz zeugen. **Wie steht es um die alte These, dass wirtschaftlicher Erfolg an individuelle Freiheit gekoppelt ist?** Genügt es, Krisenursachen ausschließlich finanz-, innen- und weltpolitisch zu beschreiben oder sind sie Folge einer tiefer gehenden Erfahrung: Die Idee vom "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" stößt massiv an Grenzen, die Demokratien völlig unvorbereitet treffen. Was bedeutet dies für das Menschenbild und die Art des Wirtschaftens?

Referenten Dr. Michael Schimmelpfennig, Institut für Sinologie, Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Falke, Direktor des Deutsch-Amerikanischen Instituts, Nürnberg

Ort eckstein Raum E.01

Zeit: 6. Februar 2013, 19:30 Uhr

Kooperation mit Konfuziusinstitut Nürnberg und dem Deutsch-Amerikanischen Institut Nürnberg

Materialien in Ordner Vorträge 2012/2013

Vorbemerkung:

Der Kapitalismus hat seit dem 18. Jh. in Europa in Kombination mit demokratischen Herrschaftsprinzipien die Vorbedingung für mehr Gleichheit, Wohlstand, Herrschaft des Rechts, Sicherheit, Vertrauen, Rationalität und für die relative Autonomie des Subjekts gebildet.

Optimisten unter den Sinologen, vor allem von amerikanischer Seite, sind der Auffassung, dass China durch seine Öffnung und die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsweisen mittelfristig, vor allem durch eine erstarkende und ihre politischen Rechte einfordernde chinesische Mittelschicht, eine ähnlich Entwicklung nehmen wird. Die Realität zeigt jedoch bislang ein anderes Bild: Zwar wird eine höhere gesellschaftliche Gleichheit allein daran deutlich, dass es China binnen dreier Jahrzehnte gelungen ist, rund 400 Millionen Menschen aus absoluter Armut und Hunger zu befreien. Es herrscht jedoch nur bedingt Sicherheit, kaum Vertrauen und weitgehende Rechtsunsicherheit. Eine Autonomie des Subjekts ist weder von den Herrschenden gewünscht, noch wird sie von der mittlerweile vorhandenen Mittelschicht eingefordert.

Der Sachverhalt weitgehender Rechtsunsicherheit und fehlenden Vertrauens findet in einem entfesselten und gnadenlosen Raubtierkapitalismus seinen Ausdruck, in dem Absprachen oder Verträge nicht eingehalten werden, Korruption alltäglich ist, Täuschung wenn auch nicht als legitimes aber als nützliches Mittel im Wettbewerb angesehen wird und ein Unrechtsbewusstsein nur unzureichend ausgebildet ist.

Argumente/Thesen:

1. Es kann nicht darum gehen, um eine vermeintliche, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, unsere demokratischen Grundüberzeugungen auf dem Altar einer globalisierten Ökonomie zu opfern. (a) Leider passiert das bereits-Martenstein. b) Wir werden die Konkurrenz auch nicht durchhalten, denn die Entwicklung Chinas wird zunächst über Jahre so weiter laufen, wie wir das jetzt sehen. (6% - 9%)) Vor allem, weil wir auch durch unsere eigenen Bedürfnisse dafür sorgen, dass sie so weiterläuft.
2. Es ist jedoch ebenso undenkbar, sich im 21. Jahrhundert als Staat oder Kontinent von den globalen Entwicklungen auszunehmen, in ökonomischer wie in gesellschaftlicher Hinsicht. (Protektionismus oder Isolation gereichen letztlich nur zum eigenen Nachteil)
3. Die drohende Insolvenz unserer Demokratien liegt vor allem in unserem Unvermögen, die uns bestimmenden ökonomischen Parameter zu verändern, die alle Bereiche unserer Gesellschaft erfasst und durchdrungen haben.
4. Es muss demnach darum gehen, ein neues Bewusstsein für die Notwendigkeit unserer Überzeugungen und der dafür notwendigen Institutionen und Verfahrensweisen zu erzeugen. Ökonomisch aber auch politisch muss es darum gehen, besonnener zu handeln, d. h., langfristige Interessen im Blick zu haben, anstatt sich von schnellen

Gewinnerwartungen, Vierteljahresbilanzen und den Börsenreaktionen darauf, oder möglichen Wählerstimmen treiben zu lassen.

Schlagworte:

Langfristigkeit contra Kurzfristigkeit

Planvolles und vorausschauendes Handeln statt Durchwursteln

Lenken statt sich lenken lassen

Gemeinwohl contra Eigenwohl, Gemeininteresse contra Eigeninteresse

Konstruktiver – statt destruktiver oder verdrängender Wettbewerb

(Führungspositionen bei geistigen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen klar definieren, sie halten und schützen)

Hier liegt der Hase im Pfeffer! All diese Schlagworte sind mit Vorstellungen von eindeutiger Führung, also Lenkung verbunden, und gerade nicht mit demokratischer Führung. Mit demokratischer Führung verbinden sie sich nur dann, wenn ich sie als Politiker glaubwürdig machen kann bzw. Mehrheiten dafür gewinnen kann. Dies verlangt vor allem: 1. Eigene Glaubwürdigkeit und – entgegen Helmut Schmidt – Visionen, oder besser gesagt, genaue Vorstellungen davon, wie die deutsche und die Gesellschaften in der EU, wie Europa in zwei Jahrzehnten beschaffen sein will bzw. sein soll und das Entstehen für diese Vorstellungen jenseits von Legislaturperioden. Es verlangt 2., allen Skeptikern zum Trotz, die stärkere Einbindung der einzelnen Mitglieder der Gesellschaften im Sinn einer kritischen Mitgestaltung dieser Vorstellungen. Ohne sie geht es nicht. Des Weiteren ist hierzu 3. wieder ein Primat der Politik statt einem Primat der Wirtschaft notwendig, auch als Selbstverständnis von Politikern. Und es bedeutet 4., dem als Unrecht aufgefassten Verhalten die eigene Rechtsstaatlichkeit entgegensetzen und persönliche Freiheit – nicht Verantwortungslosigkeit – nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als höchstes Gut, das es zu verteidigen gilt.

Politik als Ausführungsorgan der Wirtschaft

Gliederung:

Einleitung: Martenstein?

Hauptteil: **Solventes China - insolvente Demokratien?**

1. Was heißt solvent am Beispiel der VR China?
2. Chinesische Gesellschaft, Ökonomie, Recht und Freiheit
3. Kolonialismus/Postkolonialismus: Wir begreifen nur langsam
3. Deutsche und westliche Torheiten und das chinesische Geschick diese zu nutzen
Bsp. Siemens Reaktortechnik; Märklin Modelleisenbahn
5. Wohin führen Leistungsgesellschaften auch? Das Bsp. Singapur (Verlust von chinesischen Tugenden wie Gemeinschaft, Geburtenrückgang aufgrund von Zeitmangel)
6. In welcher Hinsicht sind unsere Demokratien insolvent?

Schluss: